
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 7/2020
Nr. 178

Heckler & Koch hat einen neuen Mehrheitseigentümer

Die Entwicklung bei Heckler & Koch ist schwerwiegend und die Konsequenzen sind derzeit noch nicht abzusehen, aber es stimmt: Die Heckler & Koch AG hat seit 15. Juli 2020 einen neuen Eigentümer. Das Unternehmen selbst wies in einer [Pressemitteilung](#) auf die neue Situation hin. In ihr sind alle grundlegenden Informationen aus erster Hand enthalten und deshalb soll sie im Folgenden dokumentiert werden – ehe sie weiterführend dann kommentiert wird. Doch zunächst der Text und die Infos:

Luxemburger Finanzholding CDE übernimmt Mehrheit an traditionsreicher Waffenschmiede Heckler & Koch

17.7.2020

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat der Aktionärin Compagnie de Développement de l'Eau (CDE) S.A., Luxemburg die Freigabe zum Erwerb eines Mehrheitsanteils an der H&K AG am 15. Juli 2020 erteilt. Der Vorstand der H&K AG wurde heute unterrichtet, dass der CDE eine Mehrheitsbeteiligung an der H&K AG gehört.

Der Vorstandsvorsitzende der H&K AG, Dr. Jens Bodo Koch, sagt dazu: „Wir haben ein großes Interesse an klaren und stabilen Eigentümerverhältnissen. Mit einem finanzstarken, langfristig orientierten Mehrheitseigner wie CDE ist die wirtschaftliche Stabilität von H&K nun nachhaltig garantiert. Der seit 2018 eingeschlagene Konsolidierungskurs kann jetzt konsequent fortgeführt werden.“

Nach verlustreichen Jahren hat H&K im zurückliegenden Jahr wieder einen Gewinn in Höhe von 1,6 Mio. Euro erzielt. Mit Blick auf das erste Halbjahr 2020 erwartet der Vorstand eine weitere Umsatzsteigerung und Ergebnisverbesserung.

900 zukunftsfeste und innovative Arbeitsplätze

H&K begrüßt ausdrücklich, dass für CDE Kontinuität, Stabilität und Ausbau der Technologieführerschaft des Oberndorfer Unternehmens besondere Priorität genießen und dass der neue Mehrheitsaktionär in diesem Zusammenhang Investitionen in Produktions- und Entwicklungskapazitäten in Deutschland unterstützt. „Mit dem Engagement von CDE sind gut 900 zukunftsfeste und innovative Arbeitsplätze in Oberndorf gesichert“, sagt Vorstandschef Jens Bodo Koch.

CDE begleitet H&K seit fünf Jahren als Aktionär und unterstützt ausdrücklich die „Grüne-Länder-Strategie“ des Unternehmens. Danach beliefert das Unternehmen nur noch demokratische Staaten, die insbesondere der Nato und / oder der EU angehören sowie der Nato gleichgestellt sind. Es gehört zu den unternehmerischen Grundsätzen von H&K, dass Waffen in die richtigen Hände gehören. Für H&K sind dies Soldaten und Polizisten in demokratischen Ländern, die für Sicherheit und Unversehrtheit der Bürger sorgen. Für ihre unverzichtbare und oft auch herausfordernd harte Arbeit gebührt ihnen die beste Ausrüstung.

Fortsetzung des Wachstums- und Innovationskurses

Mit dem neuen Mehrheitseigner kann H&K den vom Vorstand eingeschlagenen Wachstums- und Innovationskurs fortsetzen. Die Erfolge dieses Kurses sind bereits sichtbar. So lag im Jahr 2019 das operative Ergebnis vor Steuern

(EBITDA) bei 30,3 Millionen Euro (12,6 % vom Umsatz) und damit um 63 Prozent höher als 2018 (18,6 Mio. Euro bzw. 8,4 % vom Umsatz). Nach einem erfolgreichen ersten Halbjahr erwartet H&K wegen der nachhaltig orientierten Geschäftspolitik trotz der Corona-Pandemie auch 2020 ein profitables Wachstum.

Die Rückkehr von H&K in die Gewinnzone ist zum einen auf ein Kostensenkungsprogramm und eine deutliche Effizienzsteigerung in der Produktion zurückzuführen, zum anderen auf eine Vereinbarung mit der Belegschaft, durch Mehrarbeit bei gleichzeitigem Lohnverzicht zur Konsolidierung des Unternehmens beizutragen.

Die positive Entwicklung ermöglichte es H&K, ein Investitionspaket in Höhe von 25 Millionen Euro zu schnüren, mit dem seit Juli 2019 bis ins nächste Jahr hinein die Fertigung modernisiert und die Infrastruktur verbessert werden. Das Unternehmen ist inzwischen operativ wieder profitabel genug, um Investitionen wie diese aus dem eigenen Cashflow zu stemmen.

Auch der Gesamtblick für die nächsten Jahre ist positiv. So konnte H&K das zweite Jahr in Folge einen Rekordauftragsengang verzeichnen. Im laufenden Jahr hat das Unternehmen mit der Auslieferung von 2.000 Mitteldistanzwaffen an die hessische Polizei zum Schutz der Bürger bei Terror- und Amoklagen begonnen. Ebenfalls noch in diesem Jahr werden die Spezialkräfte der Bundeswehr das neue Sturmgewehr G95K (HK 416 A7) von H&K einführen. Diese Waffe löst das G36K ab, das ebenfalls aus Oberndorf stammt. Jüngster Erfolg von H&K ist der Beginn der Auslieferung von etwas mehr als 6.000 Präzisionsgewehren M110A1 (Squad Designated Marksman Rifle/ Zielfernrohrgewehr/SDMR) an die US Army.

Wir wollen, dass Menschen sicher leben können. Unsere Produkte sollen Menschen in freiheitlich-demokratischen Ländern vor Bedrohung und Gewalt schützen. Heckler & Koch ist der führende Hersteller von Handfeuerwaffen für die Staaten der Nato und der EU und stolz darauf, dass seine Sturmgewehre zur Standard-Ausrüstung vieler europäischer Streit- und Sicherheitskräfte gehören.

So weit die Pressemitteilung von HK, die naturgemäß sehr optimistisch klingen muss. Wesentlich nachdenklicher und sorgenvoller klingt es, wenn Jürgen Grässlin für die Kritischen Aktionäre die Übernahme kommentiert. Er gibt zu bedenken:

„Die wahren Folgen dürften [...] weitaus gravierender sein, als die H&K-Führung der Öffentlichkeit und auch den Mitarbeitern in dieser ersten Stellungnahme weismachen will. Wer aus der Führungsebene gegangen werden wird und ob alle Mitarbeiter*innen weiterbeschäftigt werden, weiß die Zukunft. Auch die Frage, ob die ehemals ausgehöhlte „Grüne-Länder-Strategie“ nur noch alibimäßig aufrecht erhalten bleibt, werden die kommenden Rüstungsexporte zeigen. Jedenfalls sind massive Zweifel an der Beruhigungstaktik des H&K-Vorsitzenden Jens Bodo Koch angebracht.

Denn die CDE ist Teil des Firmenkonglomerats des französischen Milliardärs Nicolas Walewski. Dieser wird als neuer Mehrheitsseigner in der Pressemitteilung namentlich nicht einmal erwähnt. Auch das mutet mehr als merkwürdig an. Zitate, an denen sich der neue H&K-Boss Walewski messen lassen könnte, fehlen völlig.

Was aber, wenn sich Walewski als kapitalistische Heuschrecke entpuppt? Wenn sich die CDE die Rosinen aus dem Unternehmen Heckler & Koch herauspickt und weniger lukrative Unternehmenssparten zerschlägt? Was, wenn die Waffenexporte in Krisen- und Kriegsgebiete wieder in altbekannter Manier hemmungs- und skrupellos fortgesetzt werden? Kritische Aktionär*innen vermuten: Bodo Kochs Äußerungen sind erst einmal Barbiturat fürs Volk. Das Sagen aber hat fortan Nicolas Walewski von der Luxemburger Holdinggesellschaft CDE.“

Zweifel an der Darstellung von HK werden jedoch nicht nur dadurch geweckt, was in der Pressemitteilung nicht gesagt wird – nämlich etwa die O-Töne von Walewski –, sondern auch, wie die Faktenlage dargestellt wird. Dies betrifft etwa den Abschnitt mit dem Ausblick auf die voraussichtliche Geschäftsentwicklung im Jahr 2020: Es stimmt, die hessische Polizei soll genauso Waffen von HK bekommen, wie die Bundeswehr eine Lieferung von 1.705 Waffen des Typs G95K abnehmen soll. Was dabei jedoch verschwiegen wird, ist der Umstand, dass hinsichtlich der Qualität der G95K-Gewehre in den vergangenen Monaten ein heftiger Streit zwischen Verteidigungsministerium und HK ausgebrochen ist. Der [Spiegel](#) berichtet, dass das Verteidigungsministerium, ähnlich wie beim Streit um das G36-Gewehr, auch in diesem Fall Abweichungen von den vereinbarten Qualitätsstandards geltend machte und sich weigerte, die gelieferten Waffen abzunehmen. Die Auslieferung verzögerte sich dadurch um nun mehr 8 Monate und HK musste eine Vertragsstrafe von 261.000 Euro bezahlen. Diese Situation ist aus unternehmerischer Sicht alles andere als positiv und verbessert die Ausgangslage von HK um einen Vertrag über die Nachfolgebewaffnung für das G36-Gewehr nicht.

Dies gilt insbesondere, da durch diesen Sachverhalt der von HK behauptete Erfolg der Umstrukturierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre in Zweifel gezogen und die behauptete „Technologieführerschaft“ in Frage gestellt wird.

Dem entspricht es, wenn HK es als Erfolg verbucht, dass im Jahr 2019 ein Gewinn von 1,6 Millionen Euro erzielt wurde. – Angesichts eines Schuldenberges von rund 250 Millionen Euro, ist das kein Erfolg, sondern eine Bankrotterklärung im wörtlichen Sinn.

So betrachtet erscheinen die Ausführungen von HK weniger wie eine „Erfolgsgeschichte“, sondern eher wie ein Pfeifen im Dunkeln gegen die Angst, was die Zukunft wohl bringen mag. In jedem Fall verspricht die diesjährige Jahreshauptversammlung der Heckler & Koch AG, die für den 27. August 2020 als Corona-bedingt reine Online-Veranstaltung angekündigt wurde, sehr spannend zu werden.

Deutsche U-Boote für Ägypten und Mercedes LKWs in Aserbeidschan

Anfang Juli 2020 genehmigte der Bundessicherheitsrat den Export eines weiteren U-Boots der Klasse 209 / 1400mod von HDW an die ägyptische Marine. Nach der im April 2020 erfolgten Übergabe des dritten von Ägypten bestellten und in Deutschland gebauten U-Boots wird der ursprünglich geplante Vertrag zur Lieferung von bis zu vier Booten damit nun abgeschlossen. Der Bau soll im Jahr 2021 abgeschlossen sein und die Übergabe nach erfolgreicher Erprobung noch im selben Jahr erfolgen. Die Rüstungsgeschäfte zwischen deutschem Marineschiffsbau und ägyptischer Marine werden auch nach diesem Datum aber wohl noch weiter gehen. Bereits im Januar 2019 genehmigte der Bundessicherheitsrat den Verkauf einer Fregatte des Typs MEKO 200 an Ägypten, nachdem Algerien bereits eine Liefervereinbarung zum Bau von vier entsprechenden Kriegsschiffen getroffen hatte. Es ist zu vermuten, dass sich auch dieses Geschäft noch weiter fortsetzen wird und das Exporte weiterer MEKO 200-Fregatten auch nach Ägypten zur Disposition stehen werden. Die Verwicklung Ägyptens in den Libyen-Krieg oder die Lage der Menschenrechte im Inland spielt dabei erneut keine Rolle.

Gleichzeitig berichtete die [TAZ](#) bereits im April 2020 über das Auftauchen von Militär-LKWs von Mercedes in Aserbeidschan. – Jenem Land, gegen das bereits seit 28. Februar 1992 ein Waffenembargo von EU und OSZE besteht. Wie die LKWs dorthin gelangten, ist offen. Möglich scheint einerseits, dass die Fahrzeuge in einer zivilen Version geordert wurden und dann in Aserbeidschan umgebaut wurden. Neuere [Informationen](#) verweisen jedoch darauf, dass die LKWs möglicherweise im Jahr 2010 nach Israel exportiert wurden, dort mit Mörser-Geschützen ausgerüstet und dann an Aserbeidschan weiter verkauft wurden. In diesem Fall hätte Israel wohl die Endverbleibserklärung gebrochen, doch über diesen Sachverhalt liegen der Bundesregierung keine genauen Informationen vor.

Atombombe über Jena

Am 22. Juni 2020 zeigte sich in Jena eine seltene Himmelserscheinung. Kein Komet, sondern ein Modell der US-amerikanischen B61-12 Atombombe schwebte (luftgefüllt und mit Seilen in Position gehalten) in rund 40 m Höhe über der Innenstadt. Dieser Bombentyp soll auch im Fliegerhorst Büchel / Eifel stationiert sein.

Mit dieser Aktion möchte der Trägerkreis Rüstungskonversion Jena darauf aufmerksam machen, dass Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer neuerdings den Kauf von 45 US-amerikanischen Kampffjets zum Abwurf dieser Atombomben durch die Bundeswehr durchsetzen will, um auch nach der geplanten Außerdienststellung der letzten Tornado-Kampfflugzeuge die nukleare Teilhabe der Bundeswehr zu ermöglichen.

Die Aktion drängt auf die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses von 2010, der die Regierung mit breiter Mehrheit dazu auffordert, „sich mit Nachdruck für den Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen“.

Warum aber hängt die Bombe über unseren Köpfen in Jena? Nicht zuletzt weil die JENOPTIK AG ihr Rüstungsgeschäft wieder verstärkt hat. „Bekanntlich sind Rüstungsstandorte im Krieg beliebte Ziele für Präventivschläge und Bombardements. Das wollen wir Jena ersparen!“, gibt der Trägerkreis zu bedenken.

England: Waffen nach Saudi-Arabien

Der Krieg im Jemen und die Frage ob, westliche Staaten die unter saudi-arabischer Führung kämpfenden Koalitionstruppen mit Waffen beliefern sollen, beschäftigt nicht nur die deutsche Öffentlichkeit. Bereits seit Beginn der Kriegshandlungen im März 2015 mobilisiert die Campaign against Arms Trade ([CAAT](#)) die britische Öffentlichkeit, um ein Waffenexportverbot nach Saudi-Arabien und seine Verbündeten zu erreichen. Dabei bemühte sich die Kampagne aber nicht nur um Druck von der Straße, sondern nutzte gleichzeitig auch die rechtlichen Möglichkeiten, die das britische und das EU-Recht im Bereich des Waffenhandels einräumt. Konkret problematisierte die CAAT die Lizenzvereinbarungen zur Nutzung des Eurofighters, die die britische Regierung Saudi-Arabien gewährt hat und klagte gegen diese Liefer- und Nutzungsvereinbarungen. Der [Rechtsweg](#), der beschritten wurde, erwies sich als ein langwieriges und kompliziertes Verfahren – und er ist nicht unbedingt geeignet, das Vertrauen in die bestehende Rüstungsexportgesetzgebung zu stärken.

Dabei bewiesen die AktivistInnen einen langen Atem, denn von einer am 10. Juli 2017 getroffenen Entscheidung des britischen High Court – der die Klage der CAAT zurückwies – ließen sie sich nicht etwa frustrieren, sondern legten einfach Berufung ein. Und: Die Berufungsklage hatte Erfolg. Am 20. Juli 2019 entschied die Berufungskammer, dass der Klage stattzugeben sei, da es als erwiesen angesehen wurde, dass nach Saudi-Arabien exportierte Waffen auch dafür verwendet wurden, um Kriegshandlungen auszuüben, die gegen das internationale humanitäre Recht verstoßen. Die britische Regierung beantragte wiederum bereits am 27. Juni 2019 – also nur eine Woche nach dem Urteil –, gegen diese Entscheidung der Berufungskammer wiederum Berufung einlegen zu dürfen. Auch diesem Antrag wurde stattgegeben, sodass damit nun eine Berufungsklage gegen eine höchstrichterliche Entscheidung wiederum angefochten wird. Und mehr noch: Inzwischen kursieren [Berichte](#), dass die britische Regierung in den vergangenen Monaten nicht etwa die Rüstungsexporte unterbunden hätte – wie vom Berufungsgericht angeordnet – sondern, dass diese einfach fortgesetzt wurden.

All das könnte wie eine Farce klingen, es zeigt aber vor allem, wie schwierig es unter wirtschaftsrechtlichen Vorzeichen ist, Waffenexporte zu problematisieren und einmal getroffene Exportentscheidungen zu revidieren. – Und natürlich gilt diese Situation nicht nur für England, sondern in gleicher Weise auch für Deutschland.

Die Anhörung vor dem Supreme Court ist für den Zeitraum vom 23. November bis 25. November 2020 angesetzt. Es ist zu hoffen, dass das Verfahren damit endlich zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden wird.

Hunger, Klimawandel und Krisen: Vorsorge und Verhinderung von kriegerischer Gewalt?

Der [UN-Welternährungsbericht](#) weist darauf hin, dass die Corona-Krise in vielen Ländern den Hunger verschärft, wenn er nicht ohnehin schon katastrophal ist, wie etwa in Venezuela oder im Jemen. Dass dies zu mehr Gewalt innerhalb von Gesellschaften führen kann, ist eine Gefahr. Dass diese Verschlechterungen aber auch Ursachen für zwischenstaatliche Kriege sein können, darf nicht übersehen werden. Und hier spielen natürlich Rüstungsgüter, also Kriegsmaterial, eine wichtige Rolle. Sicherlich braucht es immer auch konkrete Menschen in Militärstrukturen, also Soldaten, die Krisen und Konflikte gewaltsam austragen, doch ohne die Waffen geht Krieg eben nicht. Diese Waffen und anderes Gerät kommen aber zu oft nicht aus jenen „ärmeren“ Regionen, sondern aus den „reicheren“ Ländern der Welt, z. B. aus Deutschland. Das sieht man aktuell am Jemen-Krieg. Wenn also das Corona-Virus nicht zu noch mehr Schaden führen soll, müssen ab sofort die Geschäfte der Rüstungsfirmen beschränkt bzw. beendet werden. Das gebietet die Humanität, erst recht während einer Pandemie.

Ähnlich verhält es sich mit den Folge des Klimawandels und dessen sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Es ist abzusehen, dass in der nicht so fernen Zukunft große Zahlen von Menschen nicht in unwirtlich oder gefährlich gewordenen Gebieten bleiben können. Auch hierbei droht diesen Menschen (gerade den Frauen) eine sicher zum Teil lebensgefährliche Situation, die durch eine gewaltaufgeladene Gesellschaft noch bedrohlicher würde. Waffenlieferungen würden diese Entwicklungen noch zum Schlechteren hin verstärken. Die waffenproduzierenden Staaten und Firmen, auch die EU als Ganze, müssen sich daher ihrer Verantwortung bewusst sein, dass sie nicht am Leiden anderer verdienen dürfen, sondern dem Menschenwohl dienen müssen. Menschenwohl ist allerdings auf eine friedliche Gesellschaft angewiesen, in der Konflikte auf eine substantielle und möglichst humane Weise gelöst werden. Natürlich können die betroffenen Gesellschaften und Kulturen selbst entscheiden, wie sie ihre Sicherheitsstruktur gestalten wollen, doch wir alle wissen um die Macht eines international aktiven militärisch-industriellen Komplexes, der ganze Regionen transformiert und gewaltbereit macht und hält. Denn der Rubel, Dollar, Euro usw. muss ja rollen, denken die Waffenhändler. Die soldatische Ideologie kann durchaus Schaden anrichten, wenn alle traditionellen Denkweisen und anerkannten Bilder von Männlichkeit nur dafür benutzt (und eventuell pervertiert) werden, die Waffen des „weißen“ Mannes – oder anderer Lieferanten – gewinnbringend zu verkaufen. Der Krieger ist eben nicht immer der Retter.

Es ließe sich auch kurz sagen: In der von einer langfristig wirkenden Pandemie und klimatischen Veränderungen bedrohten Welt verbietet sich Waffenhandel von selbst, wenn man die ohnehin in sozialen Notlagen lebenden Menschen schützen will. Angesprochen sind hier die (Rüstungs-)Manager und Regierungen, genauso jedoch die Bürgerinnen und Bürger, die für die (Waffen-)Exporte „ihrer“ Regierung und „ihrer“ Firmen verantwortlich sind. Vorsorgende politische Aktivitäten, also eine tatsächlich gerechte Wirtschaftspolitik und faire Beziehungen zu den „ärmeren“ Ländern, müssen das Ziel sein, nicht deren Ausnutzung als Waffenempfänger, um das eigene Bankkonto zu füllen.

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: daks-news@rib-ev.de
Web: http://www.rib-ev.de/?page_id=206

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung.
Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind das [Friedenszentrum Braunschweig](#), [Ohne Rüstung Leben](#), der [DFG-VK-Bundesverband](#), [Pax Christi Deutschland](#), [terre des hommes Deutschland](#) und folgende DAKS-Organisationen:

- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.



Friedenszentrum
Braunschweig

